

Antrag

Hannover, den 21.06.2022

Fraktion der FDP

Katastrophen- und Zivilschutz nachhaltig stärken - Aufklärungsarbeit in Schulen ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Überfall Russlands auf die Ukraine führt uns eindringlich und erschreckend vor Augen, dass zwischenstaatliche Gewalt zur Durchsetzung nationaler Interessen auch in Europa zur bitteren und brutalen Realität gehört. Zur Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit ist es unabdingbar, die Landes- und Bündnisverteidigung durch eine Stärkung der Bundeswehr sicherzustellen. Aber auch im Innern ist es notwendig, sich auf die neue Bedrohungslage einzustellen, denn der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine trifft bei uns auf eine Gesellschaft, die fest darauf vertraut hat, dass nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der Überwindung des Kalten Krieges zumindest in Europa zwischenstaatliche Kriege der Vergangenheit angehören. In den vergangenen Jahren wurden nicht nur Umfang und Fähigkeiten der Bundeswehr deutlich reduziert, sondern leichtfertigerweise auch die des Zivil- und Katastrophenschutzes. So hat die Landesregierung es in den vergangenen Jahren versäumt, den Katastrophenschutz in Niedersachsen ausreichend zu finanzieren, und versucht nun, die entstandenen Löcher kurzfristig zu stopfen. Zugleich ist in unserer Gesellschaft das Bewusstsein für die Gefahren- und Bedrohungslage verlorengegangen und damit auch die individuelle Auseinandersetzung mit ihr. Und auch die individuelle Vorbereitung auf den Ernstfall ist in den Hintergrund gerückt.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, eine umfassende Strategie zur nachhaltigen Stärkung des Katastrophen- und Zivilschutzes sowie der gesellschaftlichen Resilienz gegen die Gefahren- und Bedrohungslage zu entwickeln. Die Zeiten, in denen diese wichtigen Aufgaben sträflich vernachlässigt worden sind, müssen der Vergangenheit angehören.

Neben der nachhaltigen und ausreichenden Finanzierung des Katastrophenschutzes, insbesondere der diesen tragenden Hilfsorganisationen, und regelmäßigen öffentlichen Katastrophen- und Zivilschutzübungen unter Einbeziehung der Bevölkerung gehört dazu vor allem auch die Steigerung des Verständnisses für die Gefahren- und Bedrohungslage sowie des Verständnisses und der Akzeptanz für die Tätigkeit von Bundeswehr, Polizei und Hilfsorganisationen in der Bevölkerung.

Hierfür sollen die Schulen in Niedersachsen künftig mindestens einmal jährlich Vertreterinnen und Vertreter von Bundeswehr, Polizei und Hilfsorganisationen einladen, um den Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit zu geben, sich mit deren Aufgaben und Tätigkeiten auseinanderzusetzen. Das Wissen, dass es Organisationen gibt, die sich systematisch und professionell auf die Bewältigung entsprechender Gefahren- und Bedrohungslagen vorbereiten, und dass auch jeder individuell einen Beitrag leisten kann, stärkt die individuelle und gesellschaftliche Resilienz.

Mit den Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren bietet die Bundeswehr bereits ein entsprechendes Angebot an, das stärker als bisher durch die Schulen in Niedersachsen genutzt werden muss. Dazu soll die Landesregierung mit der Bundeswehr schriftlich vereinbaren, dass der Besuch von Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren in allen allgemein- und berufsbildenden Schulen gewünscht ist, wie der Zugang auch tatsächlich gewährleistet wird und wie eine systematische Einbindung in die Lehrerausbildung erfolgt.

Begründung

Zu lange hat die Landesregierung den Katastrophen- und Zivilschutz vernachlässigt. Die nunmehr offen zutage tretende Gefahren- und Bedrohungslage macht es nötig, die Katastrophen- und Zivilschutzfähigkeiten nachhaltig zu stärken. Einen wichtigen Beitrag dafür leisten Bundeswehr, Polizei und Hilfsorganisationen. Regelmäßige Besuche dieser in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sind ein wichtiger Baustein für die Stärkung der inneren Resilienz unserer Gesellschaft und fördern die Akzeptanz dieser wichtigen Organisationen.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 21.06.2022)